



„KEINE ANHALTSPUNKTE FÜR EINE KONKRETE GEFÄHRDUNG“

ZUM UMGANG MIT BEDROHUNGEN DURCH RECHTSEXTREME GEWALT

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DER EVANGELISCHEN AKADEMIE ZU BERLIN, DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KIRCHE & RECHTSEXTREMISMUS UND DES VEREINS FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR IN BERLIN E.V. 15. SEPTEMBER 2014, FRANZÖSISCHE FRIEDRICHSTADTKIRCHE BERLIN

„Keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung“ – der Titel der Veranstaltung zitiert die „ebenso haltlose wie falsche Einschätzung“ (Bianca Klose) eines Anschreibens, das vom Landeskriminalamt (LKA) an Personen geschickt wurde, deren Namen mit Bild auf einer Feindesliste gewalttätiger Neonazis im Internet veröffentlicht worden war. Genau dieser Umgang von polizeilichen Behörden mit Betroffenen neonazistischer Gewalt war das Thema der Veranstaltung. Aktueller Anlass war der

verantwortungslose Umgang von polizeilichen Behörden mit denjenigen, die im Zuge ihres zivilgesellschaftlichen Engagements für Geflüchtete Opfer von Bedrohung und Gewalt durch Neonazis werden. Dieser Umgang ist um so erstaunlicher, als nach dem fatalen Versagen von Polizei und Verfassungsschutz im Fall des NSU eine veränderte Einstellung nicht nur allgemein erwartet, sondern auch explizit gefordert worden war, u.a. von den verschiedenen Untersuchungsausschüssen.



Dr. Christian Staffa

Dr. Christian Staffa zählte in seiner Begrüßung im Namen des Gastgebers, der Evangelischen Akademie zu Berlin, drei Spannungen auf, die gleichsam den Rahmen der Veranstaltung bilden. Die erste ist, dass es einerseits konkrete Bedrohungen und sogar bereits Anschläge auf Unterstützer_innen von Geflüchteten gibt, die Betroffenen aber mit ihrer Gefährdung von den zuständigen Strafverfolgungsbehörden alleingelassen werden. Die zweite Spannung ist, dass anders als noch Anfang der 90er Jahre ein solches Engagement für Geflüchtete von der Politik und von staatlichen Stellen zwar explizit gefordert und begrüßt wird, diese offizielle Aufforderung zum Engagement aber kontrastiert wird von einer weitgehend unbemerkten Verschärfung und Einschränkung des Asylrechts. Und die dritte ist, dass es zwar um die Unterstützung der Geflüchteten und ihrer Einrichtungen geht, die unmittelbar Betroffenen aber nicht auf dem Podium sitzen. Die Veranstalter hatten sich zwar um Vertreter_innen bemüht, von den Geflüchteten habe jedoch in der aktuellen Situation keiner auf einer öffentlichen Podiumsveranstaltung auftreten wollen.

ZUR MOBILISIERUNG GEGEN GEFLÜCHTETE UND IHRE EINRICHTUNGEN

Frank Metzger vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) stellte in seinem Überblick zur aktuellen Situation zunächst den politischen Kontext vor. Er stellte klar, dass das Problem der Mobilisierung gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte, aber auch das Nicht- und Fehlverhalten aufseiten der Polizei, klar benennbar sei: „Das Problem heißt Rassismus.“

Quer durch die Republik sind überall, wo Flüchtlingsunterkünfte eingerichtet wurden oder sich Geflüchtete

und ihre Unterstützer_innen offen zu Wort meldeten, „Bürgerinitiativen“ wie „Nein zum Heim“ entstanden, insgesamt gibt es rund 150 solcher Initiativen, darunter auch in Berlin-Hellersdorf und Berlin-Pankow. Ihre Aktivitäten reichen von Propaganda und Hetze über Mobilisierungen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Geflüchtete, ihre Unterkünfte und ihre Unterstützer_innen bis hin zu Übergriffen. Viele der Aktivitäten finden im Internet statt, und hier gehen Hetze und Mobilisierung oft auch dann weiter, wenn sie auf der Straße ausgeschöpft sind.

Diese Initiativen sind zwar keineswegs einheitlich, häufig sind aber regionale Neonazi-Kader und -Strukturen entweder beteiligt oder sogar die Initiatoren und treibenden Kräfte, vor allem aus der NPD und den Kameradschaften oder aus der noch neuen Partei Die Rechte. Die Verbindungen werden meist bewusst kaschiert, um in der Rolle besorgter Bürger aufzutreten, sozial- und familienpolitische Themen aufzugreifen und an die allgemeine Tagespolitik anschlussfähig zu werden. Im Internet findet sich dann oft eine offene, aber meist anonyme Hetze bis hin zu Bedrohungen und Aufrufen zur Gewalt. Ziele sind nicht nur die Einrichtungen und ihre Bewohner_innen, sondern auch deren Unterstützer_innen und engagierte Antirassist_innen, die z. T. mit Foto, Namen, Adresse und Beruf veröffentlicht werden, begleitet mit Gewaltaufrufen und Gewaltphantasien. In Berlin kam es seit Sommer 2013 bis zum Frühjahr 2014 mehrfach zu Angriffen sowohl auf Einrichtungen und ihre Bewohner_innen als auch auf Unterstützer_innen.





Bianca Klose

ZUR SITUATION DER UNTERSTÜTZER _ INNEN

Für Bianca Klose vom Verein für Demokratische Kultur e.V. sind Entwicklungen wie in Berlin-Hellersdorf exemplarisch für zahlreiche Fälle, in denen rechtsextreme Gruppierungen im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften agieren. Dazu gehört nicht nur Propaganda in Form von Aufmärschen, Kundgebungen und Flugblättern, sondern auch Gewalt. Die Gewalt betrifft wiederum nicht allein die Schutzsuchenden und Geflüchteten, sondern auch ihre Unterstützer_innen und reicht von offenen Beleidigungen auf der Straße über Morddrohungen im Internet bis hin zu nächtlichen Sachbeschädigungen und Brandanschlägen.

„Diese Gewalt ist auch eine Folge der fehlgeschlagenen Versuche, rassistische Stimmungen in der Bevölkerung aufzugreifen und zu nutzen, denn durch antirassistische und antifaschistische Gruppen sowie durch die Zivilgesellschaft vor Ort ist es gelungen, das Hand-in-Hand-Gehen von organisierten Neonazis und alltagsrassistischen Bürger_innen zu verhindern.“ Die Ablehnung von Flüchtlingsunterkünften und das offene Demonstrieren rassistischer Ressentiments, wie es noch vor einem Jahr bei Bürger_innenversammlungen sichtbar geworden war, habe sich ins Private und ins Internet zurückgezogen. Die Stimmung habe sich zugunsten der Geflüchteten verschoben, und die Schutzwürdigkeit von Flüchtlingen werde mittlerweile weniger offen infrage gestellt – dafür sei das Wort von der „Willkommenskultur“ in vieler Munde.

„Dass nun diejenigen, die diesen Stimmungswandel maßgeblich bewirkt haben, vielerorts im Fadenkreuz organisierter Neonazis stehen und von den zuständigen staatlichen Stellen alleingelassen werden, ist um so unverständlicher, als ein solches zivilgesellschaftliches

Engagement immer wieder von höchsten politischen Stellen gefordert wird.“ Klose belegte diese Situation durch drei aktuelle Beispiele:

» Anfang des Jahres hatte sich eine katholische Seelsorgerin im Rahmen der Initiative „Hellersdorf hilft“ für Flüchtlinge eingesetzt und mit ihrem Auto Gegenstände für die Unterkunft transportiert. Dabei wurde sie fotografiert, zudem notierten Neonazis ihr Kennzeichen. Das Auto wurde einige Tage später angezündet.

» Ein Kommunalpolitiker der Linken aus Treptow-Köpenick engagierte sich ebenfalls ehrenamtlich für Geflüchtete als Sprecher des „Runden Tisches Adlershof“. Nach Bekanntwerden seines Engagements wurde eine Petition im Internet ins Leben gerufen, die seinen Rücktritt als BVV-Verordneter fordert, zudem tauchten anonyme Flugblätter und Internetbeiträge mit Diffamierungen auf.

» Der Fall von Luisa Seydel schließlich zeigt exemplarisch, was die Veranstaltung deutlich machen will: Sind Bürger_innen, wie von offizieller Seite gefordert, zivilgesellschaftlich aktiv, werden sie nicht nur von den Rechtsextremen bedroht und angegriffen, sie werden auch von denjenigen, die für die Sanktionierung genau solcher Bedrohungen zuständig wären, nicht ernst genommen und alleingelassen und mitunter sogar herablassend behandelt: „Im Fall der Initiative legten die Beamten des LKA exakt dasselbe Verhalten an den Tag, das bereits bei den Angriffen des Nationalen Widerstandes Berlin für Empörung gesorgt und das im Fall des NSU so verhängnisvolle Folgen gehabt hatte.“ Das mittlerweile inaktive Netzwerk Berliner Neonazis hatte auf einer öffentlichen Website Personen und Institutionen mit Namen, Fotos und Adressen geoutet und unverhohlen zu Gewalttaten gegen sie aufgerufen. Das LKA verschickte damals standardisierte Briefe an einige in der Feindesliste genannte Personen – versehen mit der Einschätzung, dass „sich allein durch die Thematisierung Ihrer Person auf der fraglichen Liste keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung ergebe“. Diese Einschätzung war bereits praktisch widerlegt worden und ganz offensichtlich falsch: „Diese Einschätzung traf das LKA, obwohl bereits eine Reihe von Personen und Objekten der Liste bedroht und angegriffen worden waren, einige sogar schon mehrfach.“ Erst nach öffentlichem Druck ruderte die Leitung des LKA zurück und sprach in einem Brief an die Engagierten von „Missverständnissen“ aufgrund der „Verwendung polizei spezifischer Begriffe“.



Luisa Seydel

„Die Hoffnung auf eine erhöhte Sensibilität seitens des LKA Berlin ist jedoch offenbar vergebens gewesen“, betonte Klose. Nach wie vor beklagten Engagierte Unterstellungen, Polemiken und Verharmlosungen. Das Problem lasse sich nach den langjährigen Erfahrungen in diesem Bereich nicht auf das Fehlverhalten einzelner Beamter reduzieren: „Vielmehr erkenne ich hier eine Parallele zu den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses, der von grundsätzlich problematischen Haltungen und Einstellungen bei der Polizei und in staatlichen Behörden spricht.“

DER FALL DER INITIATIVE „HELLERSDORF HILFT“

Im Dialog mit Heike Kleffner schilderte Luisa Seydel die Entstehung der von ihr mitgegründeten Initiative „Hellersdorf hilft“ und deren alltägliche Arbeit vor Ort sowie ihre persönliche Bedrohung durch Neonazis und die anschließenden Erfahrungen mit der Polizei.

Da die Engagierten der Hellersdorfer Unterstützungsinitiative keine großen Erfahrungen im Bereich antirassistischer Arbeit hatten, waren sie von der Reaktion aufseiten der Neonazis überrascht. Vor allem waren sie nicht auf die akuten Drohungen eingestellt. Neben der eigentlichen Unterstützungsarbeit mussten sie sich plötzlich um den Schutz der Einrichtung, aber auch um die eigene Sicherheit kümmern: „Die Fenster der Einrichtungen und den eigenen Heimweg sichern, nachts beim Aussteigen aus der U-Bahn nach möglichen Gefahren Ausschau halten und möglichst nicht allein nach Haus gehen. Diese Notwendigkeiten beherrschen nun unser komplettes Engagement.“

Rings um sie herum kam es zu Drohungen von Engagierten und zu ersten gewalttätigen Angriffen: „BVV-

Verordnete wurden bedroht, in ihren Vorgärten wurden Holzkreuze aufgestellt, es gab Bölleranschläge auf das Heim, ein Auto wurde angezündet.“

Als dann im Internet auch von ihr Fotos mit Namen, Alter, Arbeitsadresse und weiteren Angaben auftauchten, versehen mit sexistischen Kommentaren und Beleidigungen, aber auch mit massiven Gewaltaufrufen, sei der Punkt erreicht gewesen, an dem sie sich an den Polizeiabschnitt vor Ort gewandt und Anzeige erstattet habe. „Schon dort wurde ich merkwürdig behandelt.“ Als der Staatsschutz sie dann zu einem Sicherheitsgespräch einlud, sei sie damals relativ naiv und unvoreingenommen hingegangen, zwar auf Anraten nicht allein, aber auch nicht in Begleitung professioneller Stellen wie z.B. der Opferberatung, sondern mit zwei Mitstreiter_innen. Das Sicherheitsgespräch „war allerdings gar keins. Schon dass ich mitgeschrieben habe, wurde gar nicht gut aufgenommen.“ Das Gespräch habe in Abwiegungen und Beschwichtigungen bestanden, „es wurde über uns gelacht, wir konnten nicht aussprechen, und als ich auf den NSU und das Kai Diesner-Attentat hinwies, hieß es ‚Ach, die alten Geschichten‘“. Am meisten schockiert habe sie jedoch die Leugnung rechtsextremer Gewalt. So wurde darauf verwiesen, dass Gewalt nur von „Linksextremisten“ ausginge und dass, wenn doch Gewalt von Rechtsextremen ausginge, diese meist betrunken und ohne politischen Hintergrund verübt werde. Sie habe sich hilflos gefühlt und einen Beschwerdebrief geschrieben, aber einen Antwortbrief aus vorwiegend fertigen Satzbausteinen bekommen. Sie habe daraufhin bei der Beschwerdestelle des LKA angerufen, wurde aber wieder ähnlich abweisend behandelt wie im Sicherheitsgespräch. Für sie sei relativ offensichtlich gewesen, dass es schlicht ihr Engagement gewesen ist, das der Polizei nicht gepasst habe.

... Die Polizei lenkt ein

Schon wenige Tage nach der Veranstaltung bat der Berliner Polizeipräsident Klaus Kandt die Initiative Hellersdorf hilft e.V. zu einem persönlichen Gespräch. Er entschuldigte sich für das Verhalten seiner Kollegen. Der betreffende Beamte hat laut Kandt bereits eine „dienstrechtliche Ansprache“ wegen seiner Äußerungen erhalten. Kandt räumte zudem ein, dass Polizeibegriffe wie „abstrakte Gefahr“ auf Betroffene unverständlich wirken können und versprach, über die Einführung neuer Kategorien nachzudenken. Darüber hinaus soll es ab 2015 „Feedbackbögen“ für Bürger_innen geben, um auf Probleme umgehend reagieren zu können.



Clara Herrmann, Petra Pau, Heike Kleffner, Ulrike Trautwein (v.l.n.r.)

ZU DEN KONSEQUENZEN AUS DEN ERFAHRUNGEN

Im Gespräch mit Ulrike Trautwein (Generalsuperintendentin für den Sprengel Berlin), Clara Herrmann (Grüne MdB) und Petra Pau (MdB DIE LINKE.) bat Moderatorin Heike Kleffner dann um Stellungnahmen zu den geschilderten Erfahrungen mit der Polizei sowie zu den Erkenntnissen und Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse. Hat sich nach der Selbstenttarnung des NSU bei den staatlichen Stellen im Umgang mit rechtsextremem Gewalt etwas geändert? Und ist der Umgang mit antirassistischem und antifaschistischem Engagement etwas anders geworden nachdem „der Feind jahrzehntelang im Zweifel eher links stand“? Immerhin seien die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse über den „Mangel an Aufmerksamkeit bei der Polizei gegenüber rechtsextremen Gefahren“ und die Aufforderung, hier „verstärkt auf die Zivilgesellschaft zu hören“, ja eindeutig und werden in seltener Einigkeit von allen politischen Parteien vertreten.

Ulrike Trautwein zeigte sich überrascht, dass Verhältnisse, die sie noch aus den 80er Jahren kennt, offenbar unverändert geblieben seien – und das nach all den politischen und sozialen Veränderungen seit dem Fall der Mauer. Im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen habe „die Polizei Fehler der Vergangenheit anscheinend nicht aufgearbeitet und ihr Verhalten kaum verändert“. Aufgabe für die Kirche sei es, sich über die Situation von Flüchtlingen zu informieren und das Thema in der Kirche selbst anzusprechen, aber sich darüber hinaus auch im kirchlichen Wirkungsbereich für Geflüchtete einzusetzen und dafür auch die in der Regel guten Kontakte zur Politik und zur Polizei zu nutzen. So gibt es aus den Reihen der Kirche mittlerweile Freiwillige, die bei Konfliktfällen, z.B. bei Räumungen von Flüchtlingscamps, als neutrale Beobachter_innen auftreten, um später als Zeugen zu fungieren oder um bei Übergriffen dazwischenzutreten.

Ulrike Trautwein



Clara Herrmann



Für Clara Herrmann sind die negativen Erfahrungen mit der Polizei „ein bisschen viele Einzelfälle“, die sich zudem ständig wiederholten. Regelmäßig „kommen Ermittlungen gegen Aktivitäten von Neonazis erst durch öffentlichen Druck richtig in Gang“. Darum seien Aufklärungsarbeit und öffentliches Engagement so wichtig. Oft sind Herrmann zufolge die Erfahrungen der Zivilgesellschaft mit den Polizei-Abschnitten vor Ort sogar recht gut, das Problem liegt eher bei den höheren Stellen wie dem LKA oder dem polizeilichen Staatsschutz: „Hier scheinen sich die Probleme zu häufen“.

Ein positives Zeichen sei der am heutigen Tag gemeinsam gestellte Antrag aller Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses, Konsequenzen aus dem NSU-Fall zu ziehen und in Berlin die gemeinsamen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umzusetzen. Die Empfehlungen sprechen viele wichtige Punkte an: „Ausbildung und Fortbildung, das Einbeziehen zivilgesellschaftlicher Akteure und die Einbindung von Betroffenen, interkulturelle Kompetenz und den Perspektivwechsel. Die Frage ist immer, wie solche Empfehlungen der Polizei und politisch gefassten Beschlüsse im Alltag ankommen und wie sie praktisch umgesetzt werden.“

Bestimmte Veränderungen habe es ja bereits gegeben, etwa mehr Rotation im Staatsschutz oder die Veränderung in der V-Mann Führung; weitere Forderungen seien aber noch offen, wie z.B. eine veränderte Erfassung rechtsextremer Straftaten und Morde, da die offiziellen Statistiken erheblich von den Recherchen der Zivilgesellschaft und von Journalist_innen abweichen. „Das größte Problem aber, vor dem wir alle stehen und wo wir alle gefordert sind, ist das Problem institutioneller Rassismus und Alltagsrassismus.“ Notwendig sei daher die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der demokratischen Kontrolle.

Petra Pau



Für Petra Pau, die als Bundesabgeordnete Berlin-Hellersdorf vertritt und bei der angesprochenen Veranstaltung im Sommer 2013 gegen das Heim in Hellersdorf vor Ort war, ist die rassistische Mobilisierung nicht überraschend gewesen. Auch der Umgang der Polizei mit Bedrohungen hat sie nicht überrascht. Überraschend sei aber z.B. schon gewesen, dass die Polizei auf den Versuch ihrer Anzeige einer Gruppe Rechtsextremer mit schwarzen T-Shirts, die alle das Datum des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen zeigten und die womöglich zu Straftaten aufrufen wolle (was im Verlauf der Veranstaltung dann auch explizit geschehen sei) – dass die Polizei nicht einmal deren Personalien aufgenommen habe. Sechs Wochen später erhielt Pau dann als Zeugin eine Vorladung zum LKA Berlin, da die Staatsanwaltschaft aus der Presse von dem Fall erfahren, von Amts wegen Ermittlungen aufgenommen und die Polizei nun zur Identifizierung dieser Personen aufgefordert hatte – einer Identifizierung, die mittlerweile nicht mehr möglich war.

Angesichts dieser ebenso langjährigen wie eindeutigen Erfahrungen sei Veränderung zwar notwendig, und sie selbst habe nach der dramatischen Erfahrung im Fall des NSU auch weiterhin die Hoffnung auf Veränderung; gemeinsam mit anderen Parteien habe man im Zuge der angesprochenen Empfehlungen allein 50 Punkte klar benennen können, die sich ändern müssten. „Ich mache mir aber keine Illusionen. Bislang hat es weder auf Bundes- noch Landesebene grundlegende Veränderungen gegeben. Es ist vorwiegend, bis auf kleinere Änderungen etwa in den Lehrplänen der Polizeiausbildung, bei Absichtsbekundungen geblieben.“

Auch für Pau bleibt die beste Kontrolle die parlamentarische Aufklärung und die demokratische Öffentlichkeit. Bestimmte Bereiche wie das V-Mann-System seien allerdings überhaupt nicht kontrollierbar und spätestens nach den Erfahrungen mit dem NSU-Komplex schlicht abzuschalten.

Gemeinsam sprachen sich alle drei Podiumsgäste für die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kontrolle aus und forderten Solidarität und besseren Schutz für alle diejenigen, die rechtsextremer Hetze und Bedrohung ausgesetzt sind.

Den interfraktionellen Antrag des Berliner Abgeordnetenhauses zu den NSU-Empfehlungen können Sie hier nachlesen: www.parlament-berlin.de/ad0s/17/IIIPlen/vorgang/d17-1565.pdf



Der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus und die Evangelische Akademie zu Berlin haben als Konsequenz aus den anhaltenden Problemen im Umgang mit rechtsextremer Gewalt Forderungen formuliert. Die vielen Fälle zeigen, dass es sich

nicht um ein administratives, sondern um ein politisches Problem handelt. Entsprechend müssen die Maßnahmen auf eine qualitative wie quantitative Neubewertung neonazistischer Gewalt zielen sowie auf eine veränderte politische Haltung und Einstellungen bei den zuständigen Behörden.

- » Die sogenannte „Extremismus-Theorie“ führt als Grundlage polizeilichen Handelns zu einer Relativierung der tatsächlichen Gefahr, die von rechtsextremen Straftaten ausgeht. Antifaschistisches und antirassistisches Engagement wird durch sie kriminalisiert und geschwächt. Eine Abwehralterhaltung gegenüber „linken“ Aktivist_innen bei Polizei und Justiz kann dazu führen, dass Rechtsextremismus nicht angemessen erkannt und strafrechtlich verfolgt wird.
- » Engagierte für Demokratie und Menschenrechte brauchen einen verlässlichen Schutz durch die Strafverfolgungsbehörden.
- » Die langjährige Expertise der Zivilgesellschaft zur rechtsextremen Szene muss auch von staatlicher Seite anerkannt und einbezogen werden. Dies führt zu einer gesteigerten Kompetenz der Ermittlungsbehörden bei der Einschätzung rechtsextremer Gewalt.
- » Die Aussagen der Betroffenen von rechtsextremer Bedrohung und Gewalt müssen ernst genommen werden. An-

stelle von Desinteresse, Verharmlosung oder Schuldzuweisungen müssen bei den Beamt_innen Empathie, Respekt und Fachkompetenz stehen.

- » Es ist notwendig, der Verharmlosung und Entpolitisierung rassistischer und rechtsextremer Gewalt und Bedrohung durch die Ermittlungsbehörden entgegenzuwirken. Es handelt sich hierbei keinesfalls um ein technisches Versagen oder „Pannen“. Die Ermittlungsbehörden müssen systematisch auf diesem Feld sensibilisiert und zu einem kompetenten Umgang befähigt werden.
- » Die gegenwärtigen Erfassungskriterien zu rechtsextremer und rassistischer Gewalt müssen auf Grundlage der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschuss überarbeitet werden. Die Dokumentation von rechtsextremer und rassistischer Gewalt muss nachvollziehbar und vollständig erfolgen, um eine angemessene Bekämpfung und strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen. Hierbei ist ein verbindlicher Austausch von Polizei und Justiz, auch während und nach dem gerichtlichen Verfahren von Nöten.

Herausgeber_innen:

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK), Chausseestraße 29, 10115 Berlin, www.vdk-berlin.de,
Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin, www.eaberlin.de
und Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus, Auguststraße 80, 10117 Berlin, www.bagkr.de.

Bildnachweis: Christian Mang



vdk

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.



© 2014: Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird Ihnen für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der VDK e.V. behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur in nicht-kommerziellen Publikationen bei Angabe der Quelle sowie Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Bitte senden Sie uns im Fall der Weiterverarbeitung in anderen Dokumenten vorab die entsprechenden Passagen zur Autorisierung zu. Die Weiterverwendung in kommerziellen, insbesondere mehrwertssteuerpflichtigen Publikationen bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmungen der Herausgebenden.